

3

.....BLATT ZUM BR

PRAG VOM 14. D

.....Böhmen un

PRAG VOM 14. Dezember 1939 AN den Herrn Reichsprotector in
Böhmen und Mähren, Prag.

Monaten Oktober-November 1939 K 37.500.-, wobei wir bereits einen Betrag von K 11.500.-, der nach den Mitteilungen mit Sicherheit von der Geheimen Staatspolizei erstattet wird, abgesetzt haben. Die Steigerung von 1938 auf 1939 von rd. K 33.000.- lässt sich wie folgt erklären:

- 1.) Die Leitung der Genossenschaft erfolgt nicht mehr ehrenamtlich. Der hierfür anfallende Mehraufwand beträgt etwa K 7.000.-. Die Vergütung des Treuhänders wurde nach zwei uns vorgelegten Aktennotizen im Einvernehmen mit dem Chef des Siedlungsamtes in Berlin und mit Herrn Assessor Wessely vom Herrn Oberlandrat in Prag auf K 6.000.- festgesetzt.
- 2.) Die Kündigung der nichtarischen Mieter hat Mehrarbeit verursacht, mit deren Bewältigung z.Zt. ein Angestellter voll beschäftigt ist. Dessen Gehalt beträgt K 4.000.-.
- 3.) Die augenblicklich in erhöhtem Masse geplanten Bauvorhaben bedingen vorbereitende Arbeit für die Fragen der Finanzierung usw. Die Gehaltssumme der hierfür tätigen Personen beträgt etwa K 5.500.-.
- 4.) Die Übernahme der Verwaltung des Prager Volks-Wohnungsvereines verlangte eine Arbeitskraft, für die aufzuwenden sind K 2.100.-.
- 5.) Die restliche Erhöhung des Personalaufwandes von K 14.400.- ist verursacht durch die Neueinstellung von Buchhaltungs- und Schreibkräften sowie eines Büroleiters. Zum Teil werden sich bei diesen Kosten jedoch Einsparungen erzielen lassen, vereinzelt sind bereits Kündigungen ausgesprochen.

VII 3 12200/29
K 33.000.-
=====

69
7

PRAG VOM 14. Dezember 1939 AN den Herrn Reichsprotector in
Böhmen und Mähren, Prag.

Die Steigerung der sächlichen allgemeinen Unkosten ist in erster Linie durch die Unterhaltung eines neu angeschafften Autos, durch Reisekosten und Tagegelder für vorübergehend in Prag beschäftigte Angestellte einer Wiener Baugenossenschaft entstanden. Das Auto wurde nach einer uns vorgelegten Aktennotiz im Einvernehmen mit S.S.-Oberführer Kurt v. Gottberg angeschafft.

Die Mieten, die die ausschliessliche Einnahme der Genossenschaft darstellen, haben durch die Kündigung aller nichtarischer Mieter zum 1. Oktober 1939 einen fast 20 prozentigen Rückgang erfahren. Eine Zeit lang ist mit Ausfällen in dieser Höhe zu rechnen, bis eine Wiedervermietung der leer stehenden Wohnungen gelungen sein wird.



Heil Hitler !

Re t o g
Revisions- und Organisations-
Gesellschaft m. b. H.

[Handwritten signature]

55255

VII 3 12200 / Ja

unvollständig sei, zurückgewiesen werden muss. Denn im Prüfungsbericht der "Retog" wird ausdrücklich erwähnt, dass die allgemeinen Regiekosten im Monatsdurchschnitt

1938 K 5.700.-
z.Zt. monatlich K 65.500.-

betragen und diese Steigerung in der Hauptsache auf Gehälter zurückzuführen ist. Im Jahre 1938 hatte die Genossenschaft lediglich einen hauptberuflich tätigen Angestellten, sowie ehrenamtlich tätige, die nur gelegentlich Vergütungen erhielten. Z.Zt. sind einschliesslich des Treuhänders und des früheren Leiters 18 Personen hauptamtlich beschäftigt. Die Personalaufwendungen betragen 1938 im Monatsdurchschnitt K 4.400.- und in den Monaten Oktober - November 1939 K 37.500.--, dabei wurde bereits ein Betrag von K 11.500.--, der nach Mitteilung des Treuhänders mit Sicherheit von der Geheimen Staatspolizei zurückerstattet werden soll, abgesetzt. Die Steigerung von 1938 auf 1939 um rund K 33.000.- lässt sich wie folgt erklären :

- 1.) Die Leitung der Genossenschaft erfolgt nicht nur ehrenamtlich. Der hierfür anfallende Mehraufwand beträgt etwa K 7.000.--.

Die Vergütung des Treuhänders wurde im Einvernehmen mit dem Chef des Siedlungsamtes, Berlin und mit Herrn Ass. Wesely von Herrn Ober -

landrat in Prag auf K 6.000.- festgesetzt.

- 2.) Die Kündigung der nichtarischen Mieter hat Mehrarbeit verursacht, mit der z.Zt. der Abfassung des Prüfungsberichtes ein Angestellter voll beschäftigt wurde. Dessen Gehalt beträgt K 4.000.--
- 3.) Die in erhöhtem Masse geplanten Bauvorhaben bedingten vorbereitenden Arbeit für Fragen der Finanzierung usw. Die Gehaltssumme der hierfür tätigen Personen beträgt etwa K 5.500.--
- 4.) Die Uebernahme der Verwaltung des Prager Volkswohnungsvereines verlangte eine Arbeitskraft, für die K 2.100.- aufzuwenden sind.
- 5.) Die restliche Erhöhung des Personalaufwandes von K 14.400.-- wurde verursacht, durch die Neueinstellung von Buchhaltungs- und Schreibkräften, sowie eines Büroleiters.

Die Steigerung der sachlichen allgemeinen Unkosten ist in erster Linie durch die Unterhaltung eines neu angeschafften Wagens, durch Reisekosten und Tagegelder für vorübergehend in Prag beschäftigte Angestellte einer Wiener Baugenossenschaft entstanden. Das Auto soll im Einvernehmen mit SS-Oberführer Kurt von Gottberg angeschafft worden sein. Die Mieten, die die einzigen Einnahmen der Genossenschaft darstellen, haben durch die Kündigung aller nichtarischen Mieter zum 1. Oktober 1939 einen fast 20 % igen Rückgang erfahren.

Mit diesem Ausfall wird solange zu rechnen sein, bis eine Wiedervermietung der leerstehenden Wohnungen gelungen sein wird.

Mit dem Treuhänder Tostmann wurden bei verschiedentlichen persönlichen Rücksprachen die oben angeführten Tatsachen besprochen. Es wurden ihm im einzelnen folgende Fragen zur Beantwortung vorgelegt :

- 1.) Ob mit den im Prager Büro als Hauptverwaltung zusammengeschlossenen Genossenschaften verbindliche Abmachungen über gemeinsam zu tragende Kosten für die Hauptverwaltung getroffen wurden.
- 2.) Ob die Kündigung der nichtarischen Mieter zum 30. September 1939 auf Anordnung des R.P. erfolgten.
- 3.) Ob die von der Genossenschaft vorgenommenen Planungsarbeiten für Neubauvorhaben vom R.P. gefordert und genehmigt wurden.
- 4.) Ob die Uebernahme der Verwaltung des Prager Volkswohnungsvereines durch die allein für den Treuhänder massgebende Aufsichtsbehörde, also dem R.P. gefordert wurde.
- 5.) Ob die Erhöhung des bei Nichterzunahme der neuen Gesellschaften, d Planungsarbeiten usw. n

unvollständig sei, zurückgewiesen
werden muss. Denn im Prüfungsbe-
richt der "Retog" wird ausdrücklich

nen Regie-
mitt

5.700.-

65.500.-

erung in
er zurück-
38 hatte
ich einen
gestellten

ber l
bered
der r
mit s
Staat
den s
von l
lässt



landrat in Prag auf K 6.000.-- festgesetzt.

- 2.) Die Kündigung der nichtarischen Mieter hat Mehrarbeit verursacht, mit der z.Zt. der Abfassung des Prüfungsberichtes ein Angestellter voll beschäftigt wurde. Dessen Gehalt beträgt K 4.000.--
- 3.) Die in erhöhtem Masse geplanten Bauvorhaben bedingten vorbereitenden Arbeit für Fragen der Finanzierung usw. Die Gehaltssumme der hierfür tätigen Personen beträgt etwa K 5.500.--
- 4.) Die Übernahme der Verwaltung des Prager Volkswohnungsvereines verlangte eine Arbeitskraft, für die K 2.100.-- aufzuwenden sind.
- 5.) Die restliche Erhöhung des Personalaufwandes von K 14.400.-- wurde verursacht, durch die Neueinstellung von Buchhaltungs- und Schreibkräften, sowie eines Büroleiters.

Die Steigerung der sachlichen allgemeinen Unkosten ist in erster Linie durch die Unterhaltung eines neu angeschafften Wagens, durch Reisekosten und Tagegelder für vorübergehend in Prag beschäftigte Angestellte einer Wiener Baugenossenschaft entstanden. Das Auto soll im Einvernehmen mit SS-Overführer Kurt von Gottberg angeschafft worden sein. Die Mieten, die die einzigen Einnahmen der Genossenschaft darstellen, haben durch die Kündigung aller nichtarischen Mieter zum 1. Oktober 1939 einen fast 20 % igen Rückgang erfahren.

Mit diesem Ausfall wird solange zu rechnen sein, bis eine Wiedervermietung der leerstehenden Wohnungen gelungen sein wird.

Mit dem Treuhänder Tostmann wurden bei verschiedentlichen persönlichen Rücksprachen die oben angeführten Tatsachen besprochen. Es wurden ihm im einzelnen folgende Fragen zur Beantwortung vorgelegt :

1.) Ob mit den im Prager Büro als Hauptverwaltung zusammengeschlossenen Genossenschaften verbindliche Abmachungen über gemeinsam zu tragende Kosten für die Hauptverwaltung getroffen wurden.

2.) Ob die Kündigung der nichtarischen Mieter zum 30. September 1939 auf Anordnung des R.P. erfolgten.

3.) Ob die von der Genossenschaft vorgenommenen Planungsarbeiten für Neubauvorhaben vom R.P. gefordert und genehmigt wurden.

4.) Ob die Uebernahme der Verwaltung des Prager Volkswohnungsvereines durch die allein für den Treuhänder massgebende Aufsichtsbehörde, also dem R.P. gefordert wurde.

5.) Ob die Erhöhung des Personalbestandes bei Nichterzunahme der Verwaltung von neuen Gesellschaften, die Vornahme von Planungsarbeiten usw. notwendig war.

65205

6.) Ob zur Erledigung der treuhänderischen Verwaltung für die "Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft in Prag" die Anschaffung eines Personkraftwagens erforderlich war.

7.) Wieso und weshalb Reisekosten und Tagegelder für vorübergehend in Prag beschäftigte Angestellte der von dem Treuhänder verwalteten "Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag" in keinem Zusammenhang stehen - den Wiener Genossenschaft, entstanden.

8.) Ob die Aufnahme des mittelfristigen Kredites in der Höhe von K 500.000.- dem R.P. bekannt war und von ihm genehmigt wurde.

Zu den einzelnen Fragen äusserte sich der Treuhänder ungefähr wie folgt :

zu 1.) Verbindliche Abkommen über die Verwaltungskosten mit den von mir noch neben der " Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag " verwalteten Genossenschaften für die Hauptverwaltung, wurden nicht getroffen.

ZU 2) Die Kündigung der nichtarischen Mieter wurde im Einvernehmen mit Herrn Reg. Ass. Wesely beim Herrn Oberlandrat in Prag, mit Herrn RR. Kolitz bei der Geheimen Staatspolizei und RR. Ludwig vom R.P. VII/ 3 besprochen. Bedenken sind von diesen drei Herren nicht geäußert worden.

Zu 3) Zu den von mir vorgenommenen Planungsarbeiten für Neubaurorhaben glaubte ich mich als Treuhänder berechtigt.

Ich habe verschiedentlich Gelegenheit genommen, hierüber mit Herrn RR.Kolitz Herrn von Gottberg und Herrn RR.Ludwig Rücksprache zu pflegen. Da von diesem drei Herren Bedenken dagegen nicht erhoben wurden, habe ich von einem schriftlichen Antrag zur Genehmigung solcher Planungsarbeiten Abstand genommen.

Zu 4) hat sich der Treuhänder nur unklar ausgedrückt und verwies auf die in Frage 3) gemachten Ausführungen. Demnach kann als sicher angenommen werden, dass der R. P. VII / 3 die Uebernahme der Verwaltung des Prager Volkswohnungsvereines durch den Treuhänder der " Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft in Prag " weder gewünscht noch gefordert hat.

Zu 5) konnte der Treuhänder genaue Antwort nicht erteilen, verwies jedoch darauf, dass er sich bemühen wird den ihm jetzt selbst zu hoch erscheinenden Personalbestand so schnell als möglich zu verringern. Kündigungen sind bereits vorgenommen worden. Gekündigte haben Verfahren beim zuständigen Arbeitsgericht eingereicht.

Zu 6) Ich hatte zu Beginn der Uebernahme der treuhänderischen Verwaltung mit einer Menge von Dienststellen zu verhandeln und hatte die Absicht die Kosten des Wagens anteilmässig auf die von mir verwalteten Genossenschaften zu verteilen.

Im übrigen verweise ich auf meinen Bericht vom 5. Dezember 1939, in welchem ich mitteilte, dass die " Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft in Prag "

Der Kaiserrot. i. Löwen
i. Märau

Freitag, 20. 12. 39

32

Tra

1) Arbeitsvertrag: Zulässig bei auf gegeben nichterfüllter
gesetzlicher Monatsbefragung der Kreis-
ausbleiber, an der ich in meinem Sinne,
fast als Kreisrichter der K. K. beteiligt
war, fast mir der Kreiswirtschaftsverband
den beiliegenden Arbeitsvertrag mit der Bitte
um Herabsetzung bei der Beförderung des Kreis-
produktions Wiederbau. Er fast unwirksam
sein in Gegenwart zahlreicher weiterer
Kreisausbleiber nach W. d. folgenden
Ausl. d. d. d.

a)
b)
c)
d)

goldne

Die unabhängigen Folgen eines solchen Ereignisses
aufzuheben.

b) Die Gesellschaft habe zunächst allen jüdischen
Mitgliedern und allen anderen Mitgliedern die
von geordnet. Tudliche Abmachungen bezu-
geldbezugs von Seiten der Kaufleute, die sich
bei der Sammlung der Proben zu ihrer
Personal nachzahlen habe, gegen sie sich





Jochen Tostmann SS-Obersturmführer
GEMEINNÜTZIGE SIEDLUNGSGENOSSENSCHAFT IN PRAG

R. G. M. B. H.

DER TREUHÄNDER

369

Prag VII., U Smaltovny 3 • Telefon 757-18 • Bankverbindung: Böhmisches Escompte Bank • Postsparkasse: Prag 7411

An den

Obersturmbannführer
Regierungsrat Dr. J e s c h k e,
über den SS-Obersturmbannführer
Oberregierungsrat Dr. G i e s s,
Geheime Staatspolizei,

123/1112

P r a g II.

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Tag:

I.T.O./SO.

22.12.1939.

Betrifft:

Entziehung des Durchlassscheinnes für Dr. jur. Herbert von Alten-Bockum.

Obersturn

Herr Dr. jur. Herbert
in der von mir treuhänderis
lungsgenossenschaft in Prag
fristlos gekündigt weil er

35

Er gab mir heute die Bestätigung, dass er keine neue Stellung in Aussicht habe, sondern dass er frühestens am 1. April 1940 bei der nunmehr in deutsche Hände übergegangenen Sozial-Versicherungs-Anstalt eintreten könne.

Da wir in Zukunft mit diesem Institut zusammenzuarbeiten haben, wäre es für die Genossenschaft schädlich, wenn Herr Dr. von Alten-Bockum dort eintritt.

Ich bitte deshalb auf Grund der Verfügung, dass kein Reichsdeutscher sich im Protektorat aufhalten darf, der hier nicht beruflich zu tun hat, Herrn Dr. von Alten-Bockum aus dem Protektorat auszuweisen.

Das trifft Herrn Dr. von Alten-Bockum auch insofern nicht so hart, als er seine Möbel noch in Berlin stehen hat.

Heil Hitler

Der Treuhänder der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

10/11

SS-Obersturmführer.



10110

Dr. jur. Herbert v. Alten-Bockum,

Prag VII., U Smaltovny 2.

36

A b s c h r i f t

An den
Treuhandler der Gemeinnützigen
Siedlungsgenossenschaft in Prag, r.G.m.b.H.,

Prag VII.,
U Smaltovny 3.

Prag, den 22.XII.1939.

Hiermit erkläre ich, dass ich auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Treuhänder der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft und mir unter Wahrung der gesetzlichen Kündigungsfrist zum 31. März 1940 und Weiterzahlung meiner Bezüge bis zu diesem Termin zum 23. Dezember 1939 aus meinem Dienstverhältnis in der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft ausscheide.

Ich erkläre mich bereit, bis spätestens zum 23. Dezember die von mir bearbeiteten laufenden Geschäfte Herrn Dir. Rohm oder Herrn Dr. Becker zu übergeben und Ihnen volle Aufklärung zukommen zu lassen. Ferner erkläre ich, dass ich auf Grund meiner freien Entscheidung bis zum..... die von mir zur Zeit bewohnten Räume der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft zur Verfügung stelle.

Die von mir noch an die Genossenschaft zu zahlenden Beiträge können gegen das mir zustehende Gehalt aufgerechnet werden.

gezeichnet
Dr. von Alten-Bockum

1939
12
22